

### Mitteilungen der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz

#### Liebe Kolleg\*innen,

die Reform der Aus- und Weiterbildung war in den letzten Jahren das beherrschende Thema. Dabei ist es uns als Berufsstand gelungen, mit Klugheit, Ehrgeiz und Tatkraft die Weichen für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Psychotherapie zu stellen. Mit dem Abschluss dieser Mammutaufgabe beginnt nun der zweite Teil des Weges, nämlich die Umsetzung dieser Reformen.

Leider ist ein wichtiger Baustein der Reform zurzeit noch ungeklärt, nämlich die Finanzierung. Es bedarf einer unverändert hohen Kraft-anstrengung, um darauf hinzuwirken, dass nicht auch zukünftige Psychotherapeut\*innen in Weiterbildung das Gros ihrer Weiterbildung unter prekären Bedingungen selbst finanzieren müssen. Auch die Situation der aktuellen PiA darf bei aller Zukunftsorientierung nicht vergessen werden, denn diese arbeiten noch immer teils deutlich unter Mindestlohn. Hierzu ist neben berufspolitischem Wirken auch das Engagement unseres Berufsstandes in den Kliniken selbst von unschätzbarer Bedeutung.

"In Führung kommen" ist daher nicht nur eine Empfehlung für Einzelne — jede\*r Psychotherapeut\*in in Führungsposition ist auch ein\*e Psychotherapeut\*in mit der Möglichkeit, Bedingungen vor Ort mitzugestalten. Dies geht über Studierendenanleitung und Aus- und Weiterbildung hinaus: Es umfasst die Schaffung eines Umfeldes, in dem die Psychotherapie eine unumstrittene dritte Säule neben ärztlicher und pflegerischer Profession im Gesundheitswesen ist. Denn gerade jetzt ist im klinischen Sektor eine solche gestalterische Kraft notwendig, um den Herausforderungen wie Fachkräftemangel, Notwendigkeit weiterer Ambulantisierung und Zugang zu psychotherapeutischer Versorgung für marginalisierte Gruppen zu begegnen. Dies stellt auch das Berufs-



Marcel Hünninghaus, Mitglied des Vorstandes der LPK RLP

bild vor neue Herausforderungen, wie Debatten um Nacht- und Bereitschaftsdienste sowie um die Videotherapie zeigen. Als Kammer ist es uns ein Anliegen, diese Diskussionen aufzugreifen und mit flankierenden Angeboten für unsere Kolleg\*innen zu unterstützen.

Es ist noch ein langer Weg, bis wir diese Ziele erreichen – aber wenn wir dies mit demselben Engagement tun, mit dem wir die Reform begleitet haben, sehe ich die Zukunft in dieser Sache positiv.

Marcel Hünninghaus Mitglied des Vorstandes der LPK RLP

### Peter Andreas Staub erneut in den Vorstand der KV RLP gewählt



Peter Andreas Staub

Die neu gewählte Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz (KV RLP) hat bei ihrer konstituierenden Sitzung am 10. Dezember 2022 ihren Vorstand ohne Gegenkandidat\*innen mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt: Der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut Peter Andreas Staub, der auch Mitglied der Vertreterversammlung und des Vorstandes der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz ist,

bildet weiterhin gemeinsam mit dem Hausarzt Dr. Peter Heinz und dem Facharzt Dr. Andreas Bartels den KV-Vorstand.

Peter Andreas Staub, der mit eigener Praxis in Freinsheim niedergelassen ist, wurde im Januar 2017 als erster Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut in den Vorstand einer KV gewählt. Immer noch ist er bundesweit der einzige Psychotherapeut in einem

KV-Vorstand. Die Landespsychotherapeutenkammer gratuliert herzlich zur Wiederwahl und wünscht für die neue sechsjährige Amtszeit gutes Gelingen! Die Glückwünsche der Landespsychotherapeutenkammer gelten auch den anderen Psychotherapeut\*innen, die in die Vertreterversammlung der KV gewählt wurden: den Kammermitgliedern Sabine Maur, Dr. Sigrid Schiller, Hans-Peter Brettle und Florian Hillesheim, der für Herrn Staub nachgerückt ist.

## Wichtiger Schritt für die neue Psychotherapie-Weiterbildung: Neufassung des rheinland-pfälzischen Heilberufsgesetzes beschlossen

Der rheinland-pfälzische Landtag hat mit großer Mehrheit die Novellierung des Heilberufsgesetzes beschlossen. Die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz freut sich, dass damit auch hierzulande der Weg frei ist für die Umsetzung der neuen Weiterbildung für Psychotherapeut\*innen. Gesundheitsminister Clemens Hoch betonte in einer Pressemeldung des Ministeriums die Wichtigkeit der neuen Psychotherapie-Weiterbildung, auch im Hinblick auf eine bessere psychotherapeutische Versorgung: "Wir wollen eine modernere psychotherapeutische Versorgung auch auf dem aktuellen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse sicherstellen. Die Umsetzung einer neuen Weiterbildungsstruktur durch die Landespsychotherapeutenkammer ist ein weiterer Baustein, die Ausbildung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten aufzuwerten und attraktiver zu gestalten. Dies ist wichtig um eine qualifizierte, patientenorientierte, bedarfsgerechte und möglichst flächendeckende Versorgung möglich zu machen", so der Minister.

### Vertreterversammlung: Weiterbildungsordnungen diskutiert und Resolutionen verabschiedet



Der Vorstand der LPK RLP bei der Vertreterversammlung am 3.12.2022

Am 3. Dezember 2022 kamen die Mitglieder der Vertreterversammlung der LPK RLP zur zweiten Sitzung der 5. Amtsperiode im Atrium-Hotel in Mainz zusammen. Ein zentraler Tagesordnungspunkt war die erste Lesung der

neuen Weiterbildungsordnung und die Änderung der alten Weiterbildungsordnung. Nachdem durch die kürzlich erfolgte Änderung des Heilberufsgesetzes von Rheinland-Pfalz die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen wurden, kann die Kammer nun ihre Weiterbildungsordnung an die Musterweiterbildungsordnung der BPtK anpassen, um die Ausbildungsreform auch hierzulande umsetzen zu können. Außerdem wurde der Vorstand für das Haushaltsjahr 2021 entlastet und der Gesamthaushaltsplan für 2023 beschlossen. Weitere Themen waren unter anderem die Wahl der Mitglieder des Schlichtungsausschusses und ein Vorschlag

zur Berufung eines ehrenamtlichen Richters für das Berufsgericht.

Zudem verabschiedete die Vertreterversammlung vier Resolutionen zu folgenden Themen: "Politische Verantwortung übernehmen – Kinder, Jugendliche und ihre Familien unterstützen", "Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung sichern", "Klima- und Umweltschutz umsetzen" und "Soziale Ungleichheit gefährdet psychische Gesundheit".

Die Resolutionen zum Download finden Sie auf unserer Homepage unter "Aktuelles / Aktuelle Nachrichten rund um die psychische Gesundheit".

#### Neue Antragsformulare für die Weiterbildung veröffentlicht

Die Neufassung der Weiterbildungsordnung der LPK RLP für Psychologische Psychotherapeut\*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychother apeut\*innen ist am 1. Januar 2023 in Kraft getreten. Nun stehen auch die entsprechend aktualisierten Antragsformulare für die Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis und auf Zulassung einer Weiterbildungsstätte innerhalb der Bereichsweiterbildung sowie für die Zulassung als Supervisor\*innen und Selbsterfahrungsleiter\*innen in der Weiterbildung auf der LPK-Homepage zum Download zur Verfügung. Diese Formulare finden Sie sowohl

im Bereich "Psychotherapeut\*innen / Weiterbildung" in den entsprechenden Unterkapiteln als auch im Bereich "Psychotherapeut\*innen / Formulare".

## Psychotherapeutische Unterstützung für Polizei: LPK-Präsidentin und Innenminister von RLP unterzeichnen Vereinbarung



Kammerpräsidentin Sabine Maur und Innenminister Michael Ebling unterzeichnen die Vereinbarung [Mdl RLP]

LPK-Präsidentin Sabine Maur und der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling haben am 19. Januar 2023 eine Kooperationsvereinbarung zur besseren Unterstützung von Polizist\*innen in psychischen Belastungssituationen unterzeichnet. Die Kooperation ergänzt die bereits in der Polizei Rheinland-Pfalz vorhandenen Beratungsangebote bei psychischen Belastungen und soll Zugangsmöglichkeiten zu psychotherapeutischer Behandlung erleichtern. Auch gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen von Landespsychotherapeutenkammer und Polizei sind Teil der Vereinbarung.

"Durch die Kooperation steigern wir die Möglichkeit einer rechtzeitigen psychotherapeutischen Versorgung der Betroffenen, die in ihrem Beruf besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Wir begrüßen die offene Thematisierung von psychischer Gesundheit in der Polizei", sagte Sabine Maur.

"Ich bin der Landespsychotherapeutenkammer dankbar, dass sie künftig für Fälle, in denen eine psychotherapeutische Behandlung erforderlich wird, ein besonderes Angebot für die Polizei schaffen will", sagte Innenminister Michael Ebling. Er begrüße zudem, dass sich die teilnehmenden Psychotherapeutinnen und -therapeuten zu den besonderen Belastungssituationen im polizeilichen Umfeld fortbilden wollten.

Die rheinland-pfälzische Vereinbarung könnte Vorbild für ähnliche Vereinbarungen in anderen Bundesländern werden, die teilweise bereits Interesse bekundet haben, vergleichbare Regelungen zu schaffen.

### Die LPK RLP in den Medien: Interviews zur psychotherapeutischen Versorgung und zu "Klima-Angst"

Die Landespsychotherapeutenkammer setzt sich weiterhin auch auf medialer Ebene dafür ein, die psychotherapeutische Versorgung zu verbessern. Wie dringend die vielerorts viel zu langen Wartezeiten verkürzt werden müssen, hat der Kammervorstand in zwei großen Interviews nochmals ausführlich erläutert: Dr. Andrea Benecke erklärte in einem Gespräch mit der Rheinpfalz die Problematik der fehlenden Kassensitze und langen Wartezeiten auf einen freien Psychotherapieplatz. "Es kann passieren, dass man als therapiebedürftig eingeschätzt wird, aber der Therapeut keinen Platz frei hat und man ein halbes Jahr warten muss", so Frau Dr. Benecke. Die Nachfrage übersteige das Angebot bei weitem; auf dem Land sei die Lage häufig noch angespannter als in der Stadt. "Die Landespsychotherapeutenkammer fordert 200 neue Sitze, um eine spürbare Entlastung des Systems zu erreichen und Wartezeiten zu reduzieren", sagte Frau Dr. Benecke.



Alle Medienbeiträge finden Sie auf unserer Homepage unter "Aktuelles/Die LPK RLP in den Medien" [Fotolia/svort]

Die Ursache für die fehlenden Kassensitze ist nicht etwa ein Mangel an Psychotherapeut\*innen, sondern die vom gemeinsamen Bundesausschuss festgelegte Versorgungszahl, wie Vorstandsmitglied Peter Andreas Staub in einem ausführlichen Interview mit der Rhein-Hunsrück-Zeitung erläuterte. "Diese Zahl ist nicht wissenschaftlich ermittelt und spiegelt nicht den wirklichen Bedarf wider, sondern ist eine Festlegung der Krankenkassen, die eine Frage der Finanzierung zum Hinter-

grund hat: Wie viel Geld kann die Gesellschaft für die Gesundheit ausgeben und wie viel davon ist für die einzelnen Fachgruppen vorhanden?"

In einem Interview, das in der Allgemeinen Zeitung erschien, lag der Fokus hingegen auf den psychischen Folgen der Klima-Katastrophe. Die Vorstandsbeauftragte für Klima-Psvchologie Kathrin Macha und Kammerpräsidentin Sabine Maur beantworteten Fragen rund um die sogenannte "Klima-Angst", die im Zusammenhang mit der globalen Erderwärmung steht. Diese könne sich beispielsweise durch Schlafschwierigkeiten äußern, durch Ruhelosigkeit oder Gedankenschleifen. Manche Menschen würden auch mit Hoffnungslosigkeit, Trauer und Wut reagieren. Macha betont im Interview, dass es sich dabei um angemessene Gefühle handle und dass politische Handlungsschritte nötig seien, um die Gesundheit der Menschen zu wahren.

# Über 1,8 Millionen Kinder von Cybermobbing betroffen: Interview mit Sabine Maur (LPK RLP) und Jörn Simon (TK RLP)

Cybermobbing entwickelt sich zunehmend zu einem großen Problem für Kinder und Jugendliche, mit teils gravierenden psychischen Konsequenzen bis hin zu Suizidgedanken. Fast jeder fünfte junge Mensch zwischen acht und 21 Jahren war schon einmal davon betroffen. Das zeigt die Studie "Cyberlife IV – Cybermobbing bei Schülerinnen und Schülern" des Bündnisses gegen Cybermobbing e.V. und der Techniker Krankenkasse. Die LPK RLP hat Jörn Simon, Leiter der TK-Landesvertretung Rheinland-Pfalz, und Sabine Maur, Präsidentin der LPK RLP und niedergelassen in eigener Psychotherapie-Praxis für Kinder- und Jugendliche, um ihre Expert\*innen-Einschätzung der Studienergebnisse gebeten. Hier ein Auszug des Interviews:

#### LPK RLP: Herr Simon, was war für Sie das wichtigste Ergebnis der Studie Cyberlife IV?

Jörn Simon: Das wichtigste Ergebnis der Studie war sicherlich, dass 1,8 Millionen der Schülerinnen und Schüler bundesweit bereits einmal Opfer von Cybermobbing waren. Das ist eine erschreckend hohe Zahl. Vier von fünf Betroffenen werden nach eigenen Aussagen beleidigt und beschimpft. Zudem werden viele von ihnen ausgegrenzt, bedroht oder es werden Lügen über sie verbreitet.

#### LPK RLP: Frau Maur, haben Sie in Ihrer Praxis häufig mit Fällen von Cybermobbing oder anderen Fällen digitaler Gewalt zu tun?

Sabine Maur: Solche Fälle werden uns noch eher selten geschildert. Häufig wissen ja beispielsweise die Eltern gar nichts davon, weil die Kinder bzw. Jugendlichen es aus Scham und Angst für sich behalten. Am ehesten ist es Thema, wenn Kinder insgesamt Mobbing ausgesetzt sind und in diesem Zusammenhang auch digitale Formen des Mobbings bekannt werden. Meiner Meinung nach sollte es in der Psycho-





Sabine Maur und Jörn Simon

therapie mit Kindern und Jugendlichen Standard werden, auch nach ihren digitalen Erfahrungen und Erlebnissen zu fragen, positiven wie negativen.

#### LPK RLP: Welche negativen digitalen Erfahrungen machen Kinder und Jugendliche denn?

Sabine Maur: Es gibt sehr viele verschiedene Formen von Cybermobbing. Das reicht vom "Fertigmachen" in der Klassen-WhatsApp-Gruppe über herabwürdigende Kommentare in den sozialen Medien bis hin zum Posten von Fotos oder Videos der Betroffenen im Internet. Zur digitalen Gewalt zählt auch, anderen ungefragt Gewalt- oder Pornodarstellungen zu schicken. Desweiteren nutzen ältere Jugendliche und Erwachsene Online-Plattformen und -Spiele, um sich Kindern und Jugendlichen anzunähern, um beispielsweise intime Fotos zu erhalten.

# LPK RLP: Welche psychischen Folgen hat Cybermobbing für die Betroffenen?

Sabine Maur: Digitale Gewalt kann psychisch sehr belastend sein. Häufige Reaktionen sind Verunsicherung, Scham, Hilflosigkeit, Angst, Misstrauen. Es kann zu sozialem Rückzug, Schlafproblemen und Leistungsproblemen führen. Das kann sich insgesamt verstärken bis hin zur Entwicklung von psychischen Erkrankungen wie Depressionen und Angststörungen.

Jörn Simon: Die Studie zeigt, dass sich jedes dritte Cybermobbing-Opfer dauerhaft belastet fühlt. Dies führt sogar bei einem Viertel der Betroffenen zu

Suizidgedanken. Nicht selten kommen auch Alkohol oder Tabletten ins Spiel.

### LPK RLP: Was kann man tun, um Kinder vor Cybermobbing zu schützen?

Sabine Maur: Wichtig ist, sich auch als Eltern intensiv mit den digitalen Lebenswelten des Kindes zu beschäftigen und Vor- und Nachteile sowie mögliche Gefahren mit seinem Kind zu besprechen. Die Maßnahmen, die man seinen Kindern im "echten" Leben vermittelt, um sich vor Gefahren zu schützen, muss man auch für die digitale Welt mitdenken. Und wichtig ist natürlich seinem Kind zu vermitteln, dass es sich mit allen Belastungen an uns als Elternteil wenden kann.

Jörn Simon: Wir fordern von der Regierung ein Cybermobbing-Gesetz. Trotz der 1,8 Millionen betroffenen Schüler\*innen wird Cybermobbing nur in seltenen Fällen strafrechtlich geahndet. 97 Prozent der befragten Schüler\*innen haben ein eigenes Profil in den Sozialen Medien. Diese hohe Prozentzahl macht deutlich, dass die Medien längst fester Bestandteil des alltäglichen Lebens geworden sind. Daher sind unsere Kinder und Jugendlichen dort genauso schutzbedürftig wie im realen Leben.

Das ungekürzte Interview finden Sie auf unserer Homepage unter "Aktuelles / Aktuelle Nachrichten rund um die psychische Gesundheit".

#### Geschäftsstelle

Diether-von-Isenburg-Straße 9–11 55128 Mainz

Tel.: 06131/93055-0 Fax: 06131/93055-20 service@lpk-rlp.de www.lpk-rlp.de